

17./V. 1918

Die Beschwerden der Deutschen Schlesiens.

In einer am 4. d. M. in Troppau abgehaltenen Versammlung aller deutschen Abgeordneten Schlesiens wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die versammelten deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Schlesiens, der wiederholten fruchtlosen Beschwerden an die Regierung müde, verlangen:

In Erwägung, daß es zwar Pflicht der Deutschen Oesterreichs ist, in dieser höchsternsten Zeit und in der drangvollen Lage des Staates den Staat zu stützen und daher der jeweiligen Regierung, sofern dieselbe auf dem Standpunkt der Gesamtstaatsidee steht und den Zusammenhalt des Staates zu fördern gewillt ist, ihre Unterstützung zu leisten; in Erwägung, daß jedoch diese Verpflichtung zur Unterstützung der Regierung dort ihre Grenze finden muß, wo die Regierung selbst in auffallender Weise gegen die Interessen des Gesamtstaates handelt und diese sowie die Interessen des allein staatsverhaltenden Deutschthums schwer gefährdet; in Erwägung, daß die derzeitige Regierung überhaupt und besonders in Ostschlesien eine ausgesprochene antiösterreichische Hege ungestraft duldet, die Wünsche illoyaler nationaler Parteien auf Kosten des Deutschthums und der Rücksicht auf den Gesamtstaat und geordneter Verwaltungszustände erfüllt, dagegen die Lebensinteressen der deutschen Bevölkerung vernachlässigt und gefährdet.

Von den deutschen Parteien im Reichsrat, daß sie gegenüber der Regierung die äußersten Forderungen ziehen und gegebenenfalls derselben jede weitere Unterstützung verweigern, falls sie sich nicht entschließt, den ihr wiederholt bekanntgegebenen, nicht nur vom Standpunkt der deutschen Interessen, sondern auch vom Standpunkt des Staatsinteresses sachlich begründeten Forderungen zu entsprechen, insbesondere aber nachstehende Maßnahmen unverweilt durchzuführen:

1. Die Ernennung der Bezirksschulinspektoren in den ostschlesischen Bezirken im Sinne des diesbezüglichen Beschlusses des schlesischen Landes-Schulrates. Diese Maßnahme ist zum Schutze gegen die fortschreitende Zerstückelung und nationale Verflechtung des ostschlesischen Schulwesens unbedingt nötig und verträgt keinen Aufschub.
2. Die Rückgängigmachung der Ernennung großpolnischer, daher Oesterreich feindlicher Männer zu Funktionären in staatlichen Korporationen, zumindestens aber die Erklärung einer bindenden Verpflichtung, daß derartige Ernennungen in Zukunft gänzlich unterbleiben werden.
3. Die kraftvolle Unterdrückung der gegenwärtigen, mit allem Hochdruck betriebenen großpolnischen Agitationen in Ostschlesien, welche bezwecken, die bisher tren österreichischen und schlesisch-germanische Landbevölkerung Ostschlesiens für den Anschluß nicht nur an Galizien, sondern auch an das zu schaffende Polenreich zu gewinnen; daher: Erlassung gemessener Aufträge an die schlesische Landesregierung im Sinne energischer Unterdrückung dieser ausliegend gegen das Staatsinteresse und nebenbei gegen das Deutschthum gerichteten Hege.
4. Angliederung von Biala und dessen überwiegend deutschen Nachbargemeinden an Schlesien. Diese Angliederung bildet ein nur geringfügiges Kom-

pensationsobjekt zugunsten der Deutschen gegenüber den großen polnischen Erfolgen in bezug auf Gewährung einer weitgehenden Autonomie für Galizien und die mit deutschem Gut und Blut erkämpfte Neuschaffung eines polnischen Staates.

5. Die Verweigerung der Verstaatlichung der polnischen Truganstalten, nämlich des polnischen Gymnasiums und der polnischen Lehrerbildungsanstalt in Biala, welche Anstalten keinerlei Kultur- und Bildungsbedürfnis entsprechen und deren Verstaatlichung lediglich zum Zwecke der Polonisierung der deutschen Stadt Biala und deren Umgebung und der Vereitelung der Eingliederung dieser Gemeinden nach Schlesien polnischerseits betrieben wird.

Die versammelten Reichsrats- und Landtagsabgeordneten geben sich der sicheren Erwartung hin, daß alle deutschen Parteien in voller Einmütigkeit diese Forderungen zu ihrer eigenen Sache machen und der vorstehend an sie gerichteten Bitte entsprechen werden.